

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale fordern den Regierungsrat auf, kein Meldewesen für Bankdaten anzustreben
Für Rückfragen	David Wüest-Rudin, Präsident, Grossrat, Tel. 079 517 21 17 Emmanuel Ullmann, Grossrat, Regierungsratskandidat, Tel. 076 322 79 79
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt, Tel. 061 683 25 80, Postfach, 4015 Basel bs@grunliberale.ch www.bs.grunliberale.ch
Datum	10. Juni 2012

Die Grünliberalen sind besorgt über die Absicht der Basler Regierung, ein Meldewesen der Vermögensdaten zwischen den Banken und der Steuerverwaltung einzurichten und fordern, darauf zu verzichten. Die Massnahme der Bankdatensammlung durch den Staat ist aus liberaler Sicht bedenklich, nicht wirksam, administrativ aufwändig und die damit verbundene Belastung der Vertrauensbeziehung zwischen Bevölkerung und Staat unverhältnismässig.

Finanzdirektorin Eva Herzog hat in einer Interpellationsantwort angekündigt, die Basler Regierung befürworte die automatische Weiterleitung der Vermögensdaten der Steuerpflichtigen an die Steuerverwaltung. Nach dem seit 2006 automatischen Versand der Lohnausweise durch den Arbeitgeber an die Steuerverwaltung soll nun das Meldewesen ausgebaut werden. Diese Tendenz ist beunruhigend und entspricht nicht dem Schweizer Erfolgsmodell der Eigenverantwortung des Bürgers und der Bürgerin: Nach dem schweizerischen Selbstverständnis nimmt jeder Bürger / jede Bürgerin seine / ihre Verantwortung wahr und weist die Einkünfte aus. Dies gilt für andere Bereiche auch, zum Beispiel bei den Krankenkassenprämien, die jede / jeder selbst bezahlt. Der Staat vertraut seinen Bürgern / Bürgerinnen und diese vertrauen umgekehrt dem Staat. Deshalb erstaunt es auch nicht, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik in der Schweiz doppelt so hoch ist wie im EU-Durchschnitt. Ebenfalls beeindruckend ist der im OECD-Vergleich sehr tiefe Anteil Schattenwirtschaft in der Schweiz.

Die Grünliberalen stehen jeglicher Entwicklung, bei welcher der Staat automatisch mit Informationen versorgt wird oder sich Informationen auf Vorrat beschafft, skeptisch gegenüber. Es ist inkonsequent, wenn gerade die Linke, die sich sonst auch zum Beispiel gegen Videoüberwachung und ausufernden Staatsschutz stellt, hier einer Ausdehnung der Informationssammlung durch den Staat das Wort redet. Die Grünliberalen sehen bereits die automatische Weitergabe des Lohnausweises als kritisch. Bei der Weitergabe von Bankdaten kommt ein Argument dagegen hinzu: Die Möglichkeiten der Umgehung sind viel grösser, es ist sehr einfach, ein ausländisches Bankkonto zu eröffnen und per e-Banking zu bewirtschaften – die Massnahme des Informationsaustausches ist also kaum wirksam. Daneben ist der wohl nicht unerhebliche administrative Aufwand zu berücksichtigen und die Belastung der oben erwähnten Vertrauenskultur zwischen Staat und seinen Einwohnerinnen und Einwohnern.

Die Meldung der Vermögensdaten an die Steuerverwaltung mag einzelne Steuerhinterzieher entlarven – die negativen Auswirkungen stehen jedoch in keinem Verhältnis zum geringen Nutzen aus dieser Aktion.

Die Massnahme der Bankdatensammlung durch den Staat ist also aus liberaler Sicht bedenklich, nicht wirksam, administrativ aufwändig und die damit verbundene Belastung der Vertrauensbeziehung zwischen Bevölkerung und Staat unverhältnismässig. Die Grünliberalen appellieren deshalb an die Basler Regierung, ihre Haltung zu überdenken und auf weitere Schritte Richtung ein Meldewesen für Vermögensdaten zu verzichten.